

Projektland: Tunesien, Algerien
Marokko, Mauretanien

Monatsbericht: November 2006

Schlagzeilen

- Große Maghrebrundreise von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier
- Weitere Liberalisierung der tunesischen Wirtschaft
- Keine Unterzeichnung des algerisch-französischen Freundschaftsvertrages
- Marokkos Reformbemühungen im Bereich der guten Regierungsführung
- Parlaments- und Kommunalwahlen in Mauretanien

Tunesien

Der Präsident des Verwaltungsgerichtes übergab den Jahresbericht seiner Behörde an Staatspräsident Ben Ali. Dieser bekräftigte die Notwendigkeit, die Erledigung von Verwaltungsstreitverfahren zu verbessern.

Auf dem 18. internationalen Symposium der Staatspartei RCD mit dem Thema „Die zivilisatorische Dimension in den internationalen Beziehungen des 21. Jahrhunderts“ betonte der Staatspräsident die Bedeutung des Dialoges der Kulturen, um gemeinsame Werte gegen Fanatismus und Terrorismus zu schützen und verwies auf die Bemühungen seines Landes zur Schaffung eines globalen Solidaritätsfonds. In einer Botschaft an die Zeitung „La Presse“ anlässlich des Symposiums lobte der Lübecker Umweltsenator Thorsten Geißler Tunesiens Vorreiterrolle als unverzichtbarer Gesprächspartner zwischen Europa und der arabischen Welt im Dialog der Kulturen und Religionen.

Im Rahmen einer Maghreb-Rundreise besuchte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier am 17.11.2006 Tunesien. Der Minister lobte die wirtschaftlichen und sozialen Reformen des Landes, unterstrich aber, dass auch die politischen Freiheiten dazugehörten. Im Hinblick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007 sagte er, dass Deutschland Tunesien auf dem Weg der Annäherung an Europa unterstützen werde, mahnte aber gleichzeitig die Stärkung der Menschenrechte an. Für Defizite bei den Menschenrechten macht die tunesische Seite laut Steinmeier oft die Gefahr islamistischer Angriffe verantwortlich. Nach dem Anschlag auf die Synagoge von Djerba im April 2002, bei dem 14 deutsche Touristen ums Leben kamen, wurde die Sicherheitszusammenarbeit zwischen Deutschland und Tunesien erheblich intensiviert. Im Mittelpunkt der Gespräche stand laut Steinmeier jedoch die Würdigung des Erreichten. Tunesien sei ein langjähriger Partner Deutschlands, die seit 50 Jahren bestehenden bilateralen Beziehungen hätten Qualität. Das Land befinde sich im wirtschaftlichen Aufbruch, den es anders als seine Nachbarn, ohne Rohstoffreichtum aus eigener Kraft erreicht habe.

Der Besuch des deutschen Außenministers wurde durch von dessen Mahnung nach Einhaltung der Menschenrechte und der Forderung nach politischen Reformen bzw. einer stärkeren politischen Teilhabe der Opposition an die tunesische Seite leicht getrübt. Offizielle tunesische Quellen dementierten zwar Berichte der *France Presse*, nach denen Steinmeier diese Angelegenheit bei einem Treffen mit seinem tunesischen Amtskollegen angesprochen

haben soll. Eine von Steinmeier kurz vor seiner Abreise nach Marokko auf dem Flughafen vorgesehene Pressekonferenz sowie ein Treffen mit Staatspräsident Ben Ali kamen jedoch nicht zustande.

Der Prozess der Liberalisierung der tunesischen Wirtschaft und deren Integration in den arabischen, afrikanischen, maghrebischen und euromediterranen Wirtschaftsraum hat in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte erzielt. Die Zusammenarbeit mit diesen sehr unterschiedlichen Partnern soll in den nächsten Jahren gefestigt werden. So soll die Schaffung einer Freihandelszone sowohl mit den arabischen Ländern als auch mit der Europäischen Union beschleunigt werden. Aus der Erweiterung der EU soll der größtmögliche Profit gezogen werden. Die Liberalisierung der tunesischen Wirtschaft betrifft in steigendem Maß Handwerksprodukte, Dienstleistungen und Landwirtschaft. Bis 2016 soll die Öffnung der Wirtschaft 100% gegenüber jetzt 98,8% betragen. Der Abbau der Zölle mit der EU ermöglicht die Verringerung der Schutzzölle von derzeit 25 auf 13% im Jahr 2008. Ebenso sollen die Zollprozeduren beschleunigt werden. Am Ende des Liberalisierungsprozesses soll der Dinar voll konvertierbar sein. Die Partnerschaft zwischen Industrie, Universitäten und Forschungszentren soll belebt und vertieft werden.

Auf dem 14. Kongress des Arbeitgeberverbandes Utica kündigte Präsident Ben Ali u. a. folgende Maßnahmen an:

- Unterstützung von geschlossenen Exportfirmen bei deren Bereitschaft zur Reaktivierung ihrer Arbeit durch Zoll- und Steuernachlässe
- Senkung der Körperschaftssteuer von 35 auf 30%
- Verschärftes Vorgehen gegen Markenpiraterie
- Beschleunigung der Zollabfertigung auf unter 24 Stunden
- Erhöhung der elektronischen Bearbeitung von Zolldeklarationen von 40 auf 80% bis Ende 2007
- Verbesserung der Rohstoffversorgung
- Erweiterung des Netzes der regionalen Industrie- und Handelskammern

Auf einer Versammlung der Ratskammer wurde erneut über die traditionelle islamische Bekleidung diskutiert. Der Religionsminister Boubaker El Akhzouri bemerkte, dass diese den Traditionen der tunesischen Gesellschaft widerspricht und den Versuch darstelle, den Fundamentalismus im Land zu verbreiten. Er betonte, dass die Regierung alles tun werde, um diesem Phänomen entgegenzutreten.

Algerien

Am 15. November 2006 traf Bundesaußenminister Steinmeier zu einem vierstündigen Meinungsaustausch mit Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika zusammen. Gesprächsthemen waren neben den bilateralen Beziehungen vor allem die aktuellen internationalen Konflikte und der inneralgerische Aussöhnungsprozess. Steinmeier hob im Anschluss an das Gespräch die langen freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten und die dynamische Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen hervor. Er wünsche sich aber auch im kulturellen Bereich einen noch intensiveren Austausch. Der Minister würdigte den inneralgerischen Stabilisierungs- und Modernisierungsprozess, mahnte aber eine weitere Demokratisierung und mehr Rechtsstaatlichkeit an. Im Anschluss an das Gespräch unterzeichnete er zusammen mit dem algerischen Finanzminister ein Schuldentilgungsabkommen. Die hohen Rohstoffeinnahmen – 2006 vermutlich mehr als 39 Milliarden € – ermöglichen es der algerischen Regierung, die Auslandsverschuldung konsequent abzubauen. Deutschland ist mit insgesamt 600 Millionen € Algeriens viertgrößter Gläubiger. Im August 2006 wurde bereits eine erste Schuldentilgung vereinbart. Mit der

jüngsten Unterzeichnung tilgt Algerien nun den Rest seiner Schulden. Steinmeier drückte seine Freude darüber aus, dass nun beide Länder auf Grundlage des Abkommens einen entwicklungspolitischen Beitrag leisten konnten – ein Großteil der Zinersparnis von ca. 52 Millionen € fließt in ein Wasserversorgungsprojekt. Am nächsten Tag setzte Steinmeier seine Gespräche mit algerischen Regierungsvertretern fort; er traf mit Premier Abdelaziz Belkhadem und Energieminister Chakib Khelil zusammen. Die Modernisierungsbestrebungen des Landes werden auch von den über 100 deutschen Firmen unterstützt, die derzeit in Algerien engagiert sind. Bis 2009 sind weitere Infrastrukturprogramme mit einem geschätzten Volumen von 62 Milliarden € geplant. Gleichzeitig wird die bilaterale Kooperation im Energiesektor weiter ausgebaut. Die Bundesregierung will die Versorgung mit Flüssiggas als zweite Säule aufbauen. Bisher bezieht Deutschland Öl und Gas ausschließlich aus Pipelines. 2005 verdoppelte Deutschland nahezu seine Einfuhren aus Algerien auf 1,6 Milliarden €.

Nach einem zweitägigen Arbeitsbesuch des französischen Innenministers Nicolas Sarkozy in Algerien ist die Unterzeichnung des algerisch-französischen Freundschaftsvertrages weiterhin fraglich. Die algerische Seite knüpft die Unterzeichnung des Vertrages an eine offizielle Entschuldigung Frankreichs für dessen koloniale Vergangenheit in Algerien. Sarkozy lehnt dies mit der Begründung ab, dass man sich nicht für die Fehler seiner Väter entschuldigen könne.

Marokko

Mitte November besuchte der Bundesaußenminister anlässlich seiner Maghrebrundreise Marokko. In Rabat traf er mit hochrangigen Regierungsvertretern, sowie mit Vertretern der Zivilgesellschaft zusammen. In seinen Gesprächen mit Premierminister Jettou wurden die besonderen freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten hervorgehoben, Premierminister Jettou dankte für das entwicklungspolitische Engagement Deutschlands, der Bundesaußenminister hob die Anstrengungen Marokkos im Bereich der Menschenrechte hervor, die sich in der Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen unter Hassan II zeigten. Marokko sei hier Vorbild in der gesamten Region.

In den Gesprächen mit dem stellvertretenden marokkanischen Außenminister wurden die Frage der Westsahara und der Nahostkonflikt erörtert. Minister Steinmeier äußerte seine Überzeugung darüber, dass der von Marokko angekündigte Autonomieentwurf zu eine politischen Lösung des Konflikts beitragen werde.

Anlässlich des 31. Jahrestages des Einmarschs in die Westsahara kündigte der König an, dass Marokko zu Beginn des nächsten Jahres dem UN-Sicherheitsrat den lange angekündigten Autonomieentwurf vorlegen werde, wobei jedoch die Westsahara unter marokkanischen Souveränität verbleiben werde. Vor allem die USA drängen derzeit Marokko, den diesbezüglichen Entwurf unverzüglich zu unterbreiten, um den von Marokko vorgeschlagenen Weg zur Konfliktlösung beizubehalten. Nicht unangefochten bleibt die vom König ins Leben gerufene Vertretung der Bevölkerung der Westsahara, da ihre undemokratische Zusammensetzung von der Bevölkerung der Westsahara stark kritisiert wird. Aus inoffiziellen Kreisen verlautete, dass der schon ausgearbeitet Entwurf derzeit mit Vertretern aus der Region diskutiert werde, um dann der Öffentlichkeit vorgelegt zu werden.

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung des internationalen Terrorismus wurde jetzt von den marokkanischen Justizbehörden ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der die Verbindung von Drogengeldern und Unterstützung terroristischer Vereinigungen unter größere Beobachtung stellen soll. Damit schließt sich Marokko dem Kreis der 16 arabischen Staaten an, die eine stärkere Kontrolle der nationalen und internationalen Geldströme im Vorfeld der Finanzierung terroristischer Aktionen unterbinden möchte. In Marokko betrifft dies vor allem Gelder aus dem Drogenhandel und der illegalen Migration. Ab sofort sind die Banken nicht

mehr an das Bankgeheimnis gebunden und werden befugt, die Herkunft zweifelhafter Investitionsgelder einer Kommission mitzuteilen, die direkt dem Premierminister untersteht.

Auf der Korruptionsrankingliste ist Marokko wiederum um einen Platz und damit auf die 79. Stelle zurückgefallen und liegt damit weit hinter Tunesien, das den Platz 51 innehat. Marokko ist jedoch weiterhin bemüht, Korruption zu ahnden.

Die makroökonomischen Daten können als positiv bewertet werden; für das zweite Semester wurde ein Wirtschaftswachstum von 7,9% angegeben.

Mauretanien

Mehr als ein Jahr nach dem Militärputsch in Mauretanien hat der Staat mit Parlaments- und Kommunalwahlen erstmals einen Prozess der Demokratisierung eingeleitet. Vor den Wahllokalen in der Hauptstadt Nouakchott hatten sich am Sonntag lange Warteschlangen von Wählern gebildet, weshalb einige Stimmlokale erst um Mitternacht schlossen. Seit der Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1960 hat das Land noch nie einen Machtwechsel auf Grund einer Wahl erlebt. Stattdessen gab es zehn Putsche oder Putschversuche. Die Militärjunta unter dem Vorsitz von Oberst Ely Ould Mohamed Vall hatte die früher bestehenden Einschränkungen der Meinungsfreiheit und der politischen Betätigung gelockert. Vall hatte verfügt, dass kein Mitglied der Übergangsregierung für das Parlament oder bei der Präsidentschaftswahl am 11. März 2007 kandidieren darf.

Die Opposition um den früheren Machthaber Maaoya Sid Ahmed Ould Taya hat bei den Wahlen deutliche Gewinne verbuchen können. Über viele Sitze wird aber erst in der Stichwahl im kommenden Monat entschieden, wie Innenminister Mohamed Lemine am Mittwoch mitteilte. In der ersten Runde der Wahl fiel demnach eine Entscheidung über 43 der insgesamt 95 Sitze des Parlaments. Eine Koalition von Oppositionsgruppen gewann demnach bislang 26 Mandate, zehn gingen an Unabhängige. Über die noch ausstehenden Sitze werde am 3. Dezember entschieden, erklärte Lemine. Rund 788.000 Menschen hätten sich an der Wahl beteiligt, was einer Beteiligung von 73 Prozent entspreche. Die Wahlen verliefen nach Angaben internationaler Beobachter friedlich und ohne größere Probleme.

Die Wahlberechtigten waren aufgerufen, über die 95 Mandate der Nationalversammlung und über die Zusammensetzung von 219 Gemeinderäten zu entscheiden. Etwa 1.600 Kandidaten von rund 30 Parteien traten an. Erstmals wachte bei dieser Wahl ein Gremium darüber, dass Frauen etwa 20 Prozent der Mandate in den Gemeinderäten und im Parlament erhielten. Ebenfalls zum ersten Mal waren gemäßigte Islamisten zur Wahl zugelassen, die als „Unabhängige“ antraten. In Wahlkreisen, in denen kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht, wird es am 3. Dezember eine zweite Wahlrunde geben. Mauretaniens Militärmachthaber Mohamed Vall äußerte nach seiner Stimmabgabe seine Zufriedenheit darüber, dass sich die Mauretanier auf den Weg der Demokratie begeben hätten. Die Wahlen wurden von etwa 500 Beobachtern, davon 200 aus dem Ausland, überwacht. Die EU-Mission nannte den Ablauf „zufrieden stellend“.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier gab bei seinem Besuch in Mauretanien am Samstag der Hoffnung Ausdruck, dass die Wahlen nicht nur den Grundstein zu einer stabilen Regierung legten, sondern auch zu einer zivilen Demokratie führten.

Dr. Jürgen Theres